



OBERVERWALTUNGSGERICHT LEHNT SONDERWÜNSCHE AB

Moslems wollten zu Ramadan Moscheeöffnung erreichen

Während die deutschen Christen zu Ostern ohne Murren die Schließung ihrer Kirchen hinnahmen und ihre Pastoren an die Stelle von Christi Auferstehung ein paar lustige Events oder Turnübungen stellten, nehmen die Moslems in Deutschland ihren Glauben ernster, nicht nur was die erstmaligen Muezzinrufe in vielen Städten und Gemeinden betrifft (PI-NEWS berichtete hier, hier und hier).

In Niedersachsen zum Beispiel versuchten Moslems noch bis zuletzt per Eilantrag, eine Öffnung ihrer Moscheen zum Ramadan hin zu erreichen und so die ihnen – wie sie vielleicht meinen – gebührende Extrawurst durchzusetzen.

Wurde aber nichts. Gläubige und Zoobesucher müssen in Niedersachsen auch in nächster Zeit auf entsprechende Ausflüge verzichten, entschied das Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg und wies damit mehrere Eilanträge gegen die in der Corona-Pandemie verhängten Einschränkungen zurück. Der NDR berichtet:

Der Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung sei derzeit dem Recht auf freie Religionsausübung übergeordnet,

entschied das Gericht. Zur Begründung verwies das Gericht darauf, dass mildere Mittel – etwa bloße Zugangsbeschränkungen – in einem geschlossenen Raum nicht zur Verfügung stünden. Zudem blieben die individuelle Glaubensausübungsfreiheit und religiöse Versammlungen unter freiem Himmel möglich. Geklagt hatte ein Verein, der sich für die Rechte von Muslimen einsetzt.

Und geurteilt hat ein Gericht, das sich für die Rechte (und Pflichten) aller einsetzt. Der am Donnerstag ergangene Beschluss ist unanfechtbar (Az.: 13 MN 109/20).



Jetzt ertönt der Muezzin-Ruf auch in Bergisch Gladbach (NRW)

Von CARLO CLEMENS* | Heute beginnt Ramadan, der Fastenmonat der Muslime. Erstmals in der Geschichte Bergisch Gladbachs wird hier der Ruf des Muezzins erklingen. Die Yeni-Camii-Moschee am Refrather Weg hat dies mit Bürgermeister Lutz Urbach (CDU) und seinem Stab für außergewöhnliche Ereignisse abgestimmt. So lange die Besuchsbeschränkungen für Gotteshäuser gelten, soll an jedem Freitagmittag der traditionelle Gebetsruf erschallen.

Träger der Yeni Camii-Moschee ist der Bergische Förderverein

zur Bildung und Integration e.V., Dachverband ist wiederum der Verband der Islamischen Kulturzentren e.V. (VIKZ). Der Verband mit Sitz in Köln steht in der Tradition des islamischen Gelehrten Süleyman Hilmi Tunahan und gilt als besonders erzreligiös. In der Vergangenheit ist er durch den Betrieb von Schülerwohnheimen an verschiedenen Orten bekannt geworden. In diesen Wohnheimen findet intensiver Koranunterricht statt.

In Bergisch Gladbach kam es in der Vergangenheit zum Konflikt mit dem Landesjugendamt. Gegenstand war die Genehmigung einer Internatsschule für junge Frauen, die zu Religionslehrerinnen für Mädchen ausgebildet werden sollen. Predigten finden in der Regel in türkischer Sprache statt. Eine deutsche Übersetzung folgt danach.

Religion und Glaube sind Privatsache. Als freiheitlich denkender Mensch liegt es mir fern, dass sich die Politik in diesen Dingen einmischt. Aus verschiedenen Gründen bin ich jedoch grundsätzlich gegen den Muezzin-Ruf:

- Der lautstarke Gebetsruf hat den Sinn, dass sich Gläubige zum gemeinsamen Gebet versammeln. Gerade beim abendlichen Fastenbrechen im Ramadan kommen normalerweise auch in Bergisch Gladbach hunderte Muslime zusammen. Dies soll in diesem Fall zwar ausdrücklich nicht gewollt sein. Wir kennen jedoch die Bilder aus anderen Städten, etwa Berlin, Leipzig oder Mönchengladbach, in denen trotz Corona-Kontaktverbot hunderte Menschen dem Gebetsruf folgten.
- Die fremd anmutenden arabischen Lautsprecherdurchsagen führen zu Lärmbelästigung in der Nachbarschaft. Anders als das Glockengeläut der Kirchen entspricht der Muezzin nicht unserer christlich-abendländischen Kulturprägung.
- Der Wortlaut des Muezzins ist problematisch. Dort heißt es u.a.: „Allah ist groß (...). Ich bezeuge, dass es keine Gottheit gibt außer Allah.“ Der Expansionsanspruch des Islams wird proklamiert, der sich als einzig wahre Religion versteht. Andere Religionen oder gar Ungläubige

werden untergeordnet.

- Ich unterstelle dem einfachen Gläubigen keinen Expansionsanspruch. Allerdings zeigt die Realität in unseren Städten, dass wir bei Migranten aus dem islamischen Kulturkreis besonders Probleme mit Abschottung und Verselbstständigung haben. Parallelstrukturen werden durch eine falsche Masseneinwanderung noch verstärkt. Ein Verband, der sich besonders durch erzreligiöse Schulung junger Menschen hervortut, kann nichts zum allmählichen Zusammenwachsen in eine deutsche Leitkultur beitragen, sondern allerhöchstens zum einvernehmlichen Nebeneinander.
- Die erfolgreiche Durchsetzung des temporären Muezzins in Bergisch Gladbach wird früher oder später zur Forderung des dauerhaften Muezzins führen. Dadurch, dass der muslimische Bevölkerungsanteil demografisch größer wird, wird auch der politische Druck nach immer mehr Zugeständnissen wachsen. Außer der AfD wird keine Partei Widerspruch leisten.

Gehört der Islam zu Deutschland? Diese Debatte war stets irreführend. Der Islam hat nichts beigetragen zur gewachsenen kulturellen Prägung Deutschlands und seiner Kultur. Zu Deutschland gehören jedoch durchaus Staatsbürger muslimischen Glaubens, die sich integrieren und anpassen, ihren Beitrag leisten, keine Parallelgesellschaften bilden und irgendwann in unserer Gesellschaft aufgehen.

Die AfD erhebt vielleicht als letzte relevante Partei in Deutschland noch den Anspruch, dass legal Zugewanderte und Einheimische irgendwann zusammenwachsen. Zuwanderung hat es schon immer gegeben. Aber bitte in einem Maß, der die Aufnahmefähigkeit nicht überstrapaziert, jegliche Anpassung unmöglich macht und letztendlich zur demografischen Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse führt. Wir waren niemals ein *melting pot* nach dem Muster klassischer Einwandererstaaten wie die USA oder Australien.

Religion ist Privatsache, ja. Aber der Islam besitzt eben eine politische Komponente – und sein Einfluss wächst und wächst. Aus diesem Grund: NEIN zum Muezzin in Bergisch Gladbach!

**Text gefunden auf der Facebook-Seite von Carlo Clemens*



Der Tod von Rentner Detlef in Offenburg: Ein Mord aus islamischen Motiven

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Wie so oft, wird auch in diesem Fall aus Offenburg ein Mord aus islamischen Motiven in die psychiatrische Ecke geschoben. Moslem Ali. M, ein „Flüchtling“ aus Somalia, hatte den klassischen Islam-Kampfschrei „Allahu Akbar“ von sich gegeben, während er am 16. Mai 2019 zigfach auf den wehrlos am Boden liegenden 76-jährigen Rentner Detlef J. eintrat und einschlug. Kurz vor dieser Attacke hatte ihn die Bundespolizei am Bahnhof in Offenburg gestoppt, nachdem er dort „lautstark seine Meinung über den Islam kundgetan“ und an die Fensterscheibe einer Bahnkneipe gehämmert hatte.

Bei der Fahrt in einem Taxi wurde er aggressiv, griff dem Fahrer ins Lenkrad und schlug ihm ins Gesicht. Ali M. wurde daraufhin von der Polizei festgenommen und begann auf dem Weg

zum Revier „laut zu beten“.

Vier Wochen zuvor hatte sich der 25-jährige Moslem in einer Shisha-Bar massiv über die Nichteinhaltung des Fastenmonats Ramadan beschwert. Im Zug bedrängte und belästigte er mitreisende „Ungläubige“. All das ist das Verhalten eines tiefgläubigen Moslems, der die strengen Regeln des Islams und die radikalen Befehle des Korans zum Hass auf Ungläubige sowie deren Bekämpfung bis hin zum Töten verinnerlicht hat.

Rentner Detlef verstarb am Montag nach monatelangem Leiden im Krankenhaus. Er hatte durch die Tritte und Schläge des Moslems mehrere Knochenbrüche im Gesicht erlitten, erblindete auf dem linken Auge und war seither dauerhaft pflegebedürftig. Sein Zustand hatte sich bis zuletzt immer weiter verschlechtert. Er musste mit einer Magensonde ernährt werden und konnte zuletzt gar nicht mehr schlucken.

Die Zwillingssöhne des Rentners mussten nicht nur das langsame Sterben ihres Vaters miterleben, der sie aufgrund der schweren Hirnverletzungen nicht mehr erkannte, sondern auch für die hohen Kosten der Behandlung aufkommen. Trotz Pflegeversicherung und Rente fehlten monatlich etwa 1600 Euro.

Moslem Ali M. wurde, wie so oft, von einem „Gutachter“ eine „paranoide Schizophrenie“ attestiert und in ein psychiatrisches Krankenhaus überwiesen. Weil der Moslem an einer „überdauernden Erkrankung“ leide, bestehe die Gefahr für weitere Straftaten wie Körperverletzungen oder Tötungsdelikte, wenn der Beschuldigte „unbehandelt“ bleibe. Nun kann sich der Moslem auf eine ominöse „psychische Erkrankung“ herausreden, wird in einem Krankenhaus gepflegt, gilt als schuldunfähig und entzieht sich der gerechten Bestrafung. Was für eine „psychische Erkrankung“ der Moslem wohl hat, ergibt sich aus den Aussagen von Zeugen, die die brutale Attacke auf den Rentner sahen:

„Der 25-Jährige trat unvermittelt auf den Rentner ein, immer

wieder gegen dessen Kopf. Und rief dabei Allahu Akbar“. (..)

„Ich fuhr an die Ampel. Da lag ein Mann am Straßenrand. Als ich aus dem Auto ausgestiegen bin, kam der Angeklagte auf mich zu, streckte mir eine Zeitung entgegen und schrie: ‚Schau, schau‘ und ‚Allahu Akbar‘. Ich wusste nicht, was er hinter der Zeitung hat, vielleicht ein Messer. Deshalb bin ich zur Seite und habe die Polizei gerufen. Als ich nach hinten geschaut habe, sah ich wie er weiterhin auf seinen Kopf eintrat. Drei Minuten später war die Polizei da. Der Mann am Boden gab keinen Ton von sich, ich dachte er sei bewusstlos.“

Interessant wäre zu erfahren, was in der Zeitung stand, die der Moslem hochhielt. Vielleicht empörte ihn etwas aus seinem tiefen Glauben heraus? Möglicherweise Fotos von leicht bekleideten, unverhüllten Frauen? Oder ein Bericht über angebliche „Diskriminierung“ von Moslems? Ein kritischer Artikel über den Islam oder einen islamischen Terroranschlag? Es könnte vieles sein, was einen religiösen Moslem in Wut versetzt.

Ali M. war 2015 als „Flüchtling“ aus Somalia nach Deutschland gekommen, sein Asylantrag wurde 2017 abgelehnt. Seitdem durfte er sich, wie hunderttausende andere unberechtigte Asylforderer, geduldet in unserem Land aufhalten. Dazu den Islam preisen und dabei Straftaten begehen.

Trotz begangener Körperverletzung vor der tödlichen Attacke auf den Rentner war er wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Das Opfer hingegen wurde unter Verdacht gestellt. So mussten sich seine beiden Söhne von der Polizei Fragen anhören, ob ihr Vater „friedliebend“ sei, „fremdenfeindlich“ eingestellt sei und „wie viel Alkohol“ er trinke. Detlef J. hatte aber nicht einmal ein Bier in seinem Kühlschrank. Er war auch nicht fremdenfeindlich. Er kam lediglich vom Kniffelspielen mit Freunden und wollte nach Hause, als ihm Moslem Ali über den

Weg lief. Jetzt ist Detlef tot. Und sein Mörder muss sich nicht einmal vor Gericht verantworten. Allahu Akbar.



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUBH. Oder bei Patreon.



Katrin Ebner-Steiner wirft Markus Söder schwere Versäumnisse vor

Die AfD-Fraktionsvorsitzende Katrin Ebner-Steiner hat am Montag der schwarz-orangen Staatsregierung Versäumnisse im Kampf gegen Corona vorgeworfen. „Das Kabinett Söder war nicht auf die Pandemie vorbereitet“, sagte sie bei der Debatte im bayerischen Landtag.

Medizinisches Gerät sei nicht rechtzeitig beschafft, die Grenzen zu spät geschlossen und die Kommunalwahlen nicht verschoben worden. „Diese waren nachweislich ein massiver Infektionsherd für unsere Bürger“, so Ebner-Steiner.

Bayern habe keine Vorsorge getroffen und in der Krise zu spät reagiert. Scharfe Kritik übte sie auch an Plänen, mit einer „Tracking-App“ gegen Corona vorzugehen. Ebner-Steiner: „Wenn Sie den Menschen weismachen wollen, ihre Daten seien anonym, dann sind Sie entweder ahnungslos oder unehrlich: Daten können immer auch wieder de-anonymisiert werden. Dieses stasiartige Überwachungs-Programm ist freiheitsfeindlich und unvereinbar mit den Werten unserer Demokratie und unseres Grundgesetzes.“

Dem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder warf die AfD-Fraktionsvorsitzende vor, sich in der Corona-Zeit persönlich profilieren zu wollen: „Man hat fast den Eindruck: Sämtliche Notmaßnahmen verkommen zusehends zum Showwettbewerb um die Kanzlerkandidatur 2021. Bayern hat mehr verdient als zum Laufsteg eines Kanzlerkandidaten zu werden!“

Ebner-Steiner plädierte für eine schnelle, aber maßvolle Öffnung der Läden und Speiselokale unter Einhaltung der Hygieneregeln. „Was wir jetzt brauchen sind keine Durchhalteparolen, sondern schnelle, unbürokratische Hilfe für Unternehmen und Freiberufler; einen wirksamen Schutz unserer

Unternehmen vor feindlichen Übernahmen und eine Enquete-Kommission, die Ihre Maßnahmen mit Argusaugen überwacht.“

Die Bürger- und Freiheitsrechte hätten, so Ebner-Steiner, schweren Schaden genommen: „Schon seit der Flüchtlingskrise 2015 kennt der deutsche Staat zwei Klassen von Menschen. Für Deutsche werden jetzt Grundrechte außer Kraft gesetzt, doch sogenannte Flüchtlinge können weiterhin über das Asylticket einreisen. Während für uns Deutsche die Versammlungsfreiheit, die Reisefreiheit, die Meinungsfreiheit, die Gewerbefreiheit, die Berufsfreiheit obsolet sind, gilt das sogenannte Grundrecht auf Asyl ohne Einschränkung. Wie wollen Sie das den Menschen erklären?“

Die gegenwärtige Einschränkung der staatsbürgerlichen Freiheitsrechte und die Aushöhlung des Grundgesetzes müsse schnellstmöglich rückgängig gemacht werden. Ebner-Steiner: „Alle Gesetze, Maßnahmen und Verordnungen sind deshalb zwingend zu befristen. Ihre Verhältnismäßigkeit stets zu prüfen ist unsere Pflicht als verantwortungsvolle Opposition.“

Und schließlich: „Wir als AfD wissen es schon lange: Die ungehemmte Globalisierung der Unternehmen und der Menschen hat ihre Schattenseiten. Und nein: Wir brauchen zuvorderst keine Lösung für den Ramadan, während das Osterfest ausfallen musste. In der Krise gilt es nun zuerst auf das Wohl der bayerischen Bevölkerung zu schauen. Es gilt: Unsere Solidarität und unser Geld zuerst für unsere Leut'. Gott schütze Bayern!“



Völlig gaga: 10 irre Corona-Storys!

Wenn ein Mann 27.000 Euro vom Balkon schmeißt, ein Bäcker bei vier Grad seine Eingangstür offen halten muss, Kirchen wegen Ramadan geschlossen bleiben, sich Politiker nicht an ihre eigenen Vorschriften halten, wenn Markus Söder zu einem Clint Eastwood für ganz, ganz Arme wird, dann weiß man: Deutschland ist vom Corona-Wahn befallen!



AfD-Fraktion fordert: Wenn Ramadan, dann auch Ostern!

Während Kirchen über Ostern zum ersten Mal seit Menschengedenken geschlossen bleiben sollen, versammeln sich in Neukölln und Wuppertal hunderte Moslems zum Gebet, ohne dass die Polizei eingreift – ein unerträglicher

Doppelstandard, wie die AfD moniert. Der AfD-Obmann im Auswärtigen Ausschuss, Petr Bystron, fordert in einem Interview (Video oben) das Recht, mit entsprechender Schutzausrüstung und Schutzvorkehrungen das Osterfest feiern zu dürfen.

Der Verwaltungsgerichtshof Kassel hat den Eilantrag eines Christen gegen das Gottesdienstverbot in der Corona-Krise abgelehnt, wie die Hessenschau berichtet. Zur Verhinderung weiterer Infektionen sei das Verbot legitim, entschieden die Richter.

Derweil versammeln sich entgegen dem Versammlungsverbot hunderte Moslems vor ihren Moscheen zum Gebet – vergangenen Freitag vor der berüchtigten Dar as Salam-Moschee in Berlin-Neukölln, am Dienstag vor der DITIB Moschee in Wuppertal. Am 23. April beginnt der Ramadan. Auch der berüchtigte antisemitische Al-Kuds Tag am 16. Mai, an dem zur Eroberung Jerusalems und Vernichtung Israels aufgerufen wird, findet immer noch statt.

Vor diesem Hintergrund fordert die AfD in dem am Dienstag von der Bundestagsfraktion beschlossenen Positionspapier zur Corona-Krise das Recht, Ostern in den Kirchen zu feiern. AfD-Bundesvorstandsmitglied Joachim Kuhs, Vorsitzender der „Christen in der AfD“, erklärte dazu: „Ostern ist das älteste und wichtigste Fest im Kirchenjahr. Als Vorsitzender der Christen in der AfD und Bundesvorstandsmitglied begrüße ich es daher sehr, dass sich die AfD-Bundestagsfraktion in ihrem Corona-Positionspapier für Osterfeiern in unseren Kirchen stark macht. Natürlich müssen dabei Schutzmaßnahmen eingehalten werden. Wenn es möglich ist, diese Schutzmaßnahmen in Baumärkten und Supermärkten einzuhalten, dann ist das sicher auch in Kirchen möglich! Feiern wir also Ostern, das Fest der Auferstehung – freudig, achtsam und geschützt – mit unseren Gemeinden in den Kirchen!“

Die jüdischen Mitbürger in Deutschland und aller Welt feiern

seit Mittwoch Abend das Pessach-Fest – ein Fest, das einer Plage gedenkt, bei dem sich Familien traditionell zum Sedermahl versammeln und daheim ihren Überlebenskampf feiern, während draußen der Tod lauert – ein besonders passender Anlass in diesem Jahr. Sehen Sie hier das Video von Joachim Kuhs dazu:

Joachim Kuhs | Allen Juden ein gesegnetes Passah-Fest!

Juden in aller Welt feiern das #Passah-Fest. Sie feiern den Auszug aus #Ägypten ?? und somit das Ende der Versklavung ihres Volkes. Aus der #Geschichte lernen wir, dass besonders in schwierigen Zeiten #Gott uns helfen kann und wird. Durch Gottvertrauen können wir jeder #Prüfung standhalten und auch dann richtig handeln, wenn wir kaum Auswege sehen. In einer Zeit wie dieser, muss eine #Welle durch unser Land gehen. Wie wäre es, wenn sich Hunderttausende in #Deutschland zeitgleich zum #Gebet versammeln würden? ??<https://deutschlandbetetgemeinsam.de/Allen> #Juden, ihren Familien und Freunden wünsche ich ein frohes #Passah-Fest. ?? Mögen auch diese schwierigen Tage der Feierstimmung keinen Abbruch tun.

Posted by Joachim Kuhs on Friday, March 13, 2020



Vermummungsgebot am 1. Mai?

Von MANFRED ROUHS | Auch wenn die linke Szene das Udenkbare doch noch abzuwenden versucht: Am 1. Mai 2020 wird sie wahrscheinlich bundesweit zum ersten Mal seit langem auf Randalen verzichten müssen. Denn die Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der Versammlungsfreiheit, die bis zum 19. April gelten, werden mit hoher Wahrscheinlichkeit um einige Wochen verlängert. Das ist nicht nur schlecht für den Ramadan, der am 23. April beginnt und am 23. Mai endet, sondern auch für jenes klassische linke Milieu, dessen militanter Teil seit Jahr und Tag ein Engagement für Arbeitnehmer-Interessen vorschreibt, um unter dessen Deckmantel ein mittlerweile ritualisiertes Kräfteessen mit der Polizei zu suchen.

Berlins linke Szene sieht am 1. Mai 2020 dringenden Demonstrationsbedarf, denn: „Die Welt nach Covid-19 kann die Welt von Covid-20 sein oder die weitere Faschisierung Europas. Forderungen wie zum Beispiel Migrant*innen ins Land zu lassen, könnten künftig mit Verweis auf angeblichen Gesundheitsschutz abgelehnt werden. Wenn wir das Drama sehen, welches sich gerade an den EU-Außengrenzen abspielt, lässt sich erahnen, was Geflüchteten künftig droht.“ (Quelle)

Warum sich indessen die Situation der „Geflüchteten“ irgendwo auf der Welt verbessern sollte, wenn in Berlin-Kreuzberg Schaufensterscheiben zerbersten oder Polizeifahrzeuge ausbrennen, ist zumindest nicht auf den ersten Blick schlüssig nachvollziehbar. Das versteht nur, wer auch schon Marx und Marcuse verstanden hat und dialektisch vorbelastet ist.

Indessen sorgen sich die Damen und Herren Revolutionäre um ihre Gesundheit und räumen ein:

„Uns ist bewusst, dass bei einer Demonstration dieser Größe die Gefahr einer Ansteckung mit dem Corona Virus besteht.“

Deshalb deuten sie das regelmäßig bei öffentlichen Versammlungen bestehende Vermummungsverbot in ein pandemisch bedingtes Vermummungsgebot um:

„Wenn wir am 1. Mai gemeinsam auf die Straße gehen sollten, werden wir uns so gut es geht schützen, das heißt wir werden Schutzmasken und Handschuhe tragen.“

Ob auch Helme und Schuhe mit Stahlkappen gegen Viren schützen?
– Das könnte für die linke Szene einen Versuch wert sein ...

Sollte tatsächlich ein Häuflein Unverbesserlicher auch am 1. Mai dieses denkwürdigen Jahres auf Randalen aus sein, wäre der Polizei jedenfalls mit dem Bundesseuchengesetz ein rechtliches Instrument an die Hand gegeben, das es erlaubt, den Feinden von Demokratie und Rechtsstaat eine Lektion zu erteilen, die sie lange nicht vergessen werden.

Das obige Video vom Mai 2011 ruft noch einmal in Erinnerung, wie es typischerweise bei der 1. Mai-Randale in der Hauptstadt zugeht. Mit den aktuellen Distanzierungsregeln sind solche Krawallszenen schwer in Einklang zu bringen.



PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming.

Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.



Zahl der Woche #3: 70 Prozent der Quarantänebrecher in Mailand sind Migranten

70 Prozent der Quarantänebrecher in Mailand sind Migranten. Eine erste Zahl belegt schwarz auf weiß, was tausende bereits in ihrem Umfeld miterleben. Ein gewisser Teil der Bevölkerung scheint sich weniger um die Ausgangsverbote zu scheren als wir. Halberstedt, Hanau, Neukölln sind nur die Vorzeichen eines nahend Sturms, der im Ramadan seinen Höhepunkt erreichen könnte. Was passiert, wenn all die Millionen jungen muslimischen Männer auf die Straßen drängen? Ihnen stünden nur rund 270.000 Polizisten gegenüber, die teilweise im Pensionsantrittsalter sind. *(PI-NEWS Kolumnist Martin Sellner, 30, ist politischer Aktivist, Sprecher der Identitären Bewegung Österreich, Autor und Youtuber. Seine neue Video Kolumne „Zahl der Woche“ erscheint einmal in der Woche exklusiv hier auf PI-NEWS)*



Trotz Kontaktverbot: 300 Moslems versammeln sich in Berlin-Neukölln

Von EUGEN PRINZ | „Lockerung der Corona-Maßnahmen nach Ostern denkbar“ – so lautet heute die Schlagzeile in vielen Tageszeitungen. Der Autor, das dürften regelmäßige Leser von PI-NEWS inzwischen zur Kenntnis genommen haben, steht den drastischen Einschränkungen der Versammlungs- und Bewegungsfreiheit im Zuge der Corona-Pandemie eher skeptisch gegenüber, besonders was die wirtschaftlichen Auswirkungen betrifft. Allerdings: Wenn man diesen Weg geht, dann ist es völlig sinnentleert, die Einschränkungen bereits nach einigen Wochen wieder aufzuheben, da es dann mit hoher Wahrscheinlichkeit schon nach kurzer Zeit wieder zu einem Anstieg der Neuinfektionen kommt.

In den sozialen Netzwerken wird darüber spekuliert, dass die mögliche Lockerung des Kontaktverbotes nach Ostern eher mit dem Beginn des Fastenmonats Ramadan zu tun hat, als mit Fortschritten im Kampf gegen die Ausbreitung von COVID-19.

Auch in dem PI-NEWS Artikel „Moslems und die Corona-Quarantäne“ vom 31. März 2020 wurde darüber schon spekuliert:

„Dieses Jahr beginnt der Fastenmonat Ramadan am 23. April und endet am 23. Mai. Die Abendmahlzeit, mit der nach Einbruch der Dunkelheit die Moslems ihr tägliches Fasten brechen, wird „Iftar“ genannt. Traditionell wird diese Mahlzeit mit Familie und Freunden eingenommen. Es bleibt abzuwarten, ob die gegenwärtigen Restriktionen bei den Moslems noch auf Verständnis stoßen, wenn sie im Fastenmonat Ramadan fortgeführt werden. Und es bleibt abzuwarten, ob die Bundesregierung und die Regierungen der Länder Lust haben, dies auszutesten.“

Massenversammlung von Moslems in Neukölln

In Berlin haben gestern 300 Moslems bewiesen, dass diese Bedenken, die von nicht wenigen Bürgern geteilt werden, nicht unbegründet sind.

Das Äquivalent des sonntäglichen Kirchgangs ist bei den Moslems das Freitagsgebet. Auch dieses findet gegenwärtig nicht statt, jedoch erlauben manche Kommunen dem Imam, in dieser Zeit den islamischen Gebetsruf (Adhan) über Lautsprecher zu verbreiten, wie es in den islamischen Ländern üblich ist. Wohnt man in so einer Gegend, wähnt man sich in Istanbul.

Auch in Berlin-Neukölln ertönte gestern der Adhan. Und er wurde vom Imam so schön vorgetragen, dass sich flugs 300 Moslems auf der Straße versammelten, nach dem Motto: Wenn Allah will, dass ich mich mit Corona anstecke, dann ist es halt so. Inschallah. Allah will und was die deutschen Gesetze dazu sagen, ist egal.

„Dem Imam, dem Ordnungsamt und den Polizisten sei es nur zum Teil gelungen, die Menschen dazu zu bewegen, den vorgeschriebenen Abstand zu halten“, schrieb die Berliner Zeitung euphemistisch. Die Berichterstattung der Mainstream Medien über diesen Vorfall fiel ohnehin sehr spärlich aus. In ihr ist auch nicht die Rede davon, dass irgendwelche Bußgeldbescheide verhängt worden wären, wie es bei Biodeutschen derzeit in solchen Fällen massenhaft geschieht. Wenn von denen jemand den Mindestabstand nicht einhält, ist er zwischen 25 und 500 Euro los. Aber da sind es ja auch immer nur ein paar Leute.

Bei 300 moslemischen Mitbürgern auf einem Haufen wird es natürlich schwierig, wie diese Bilder eindrucksvoll beweisen:

Die #NBS, die der islamistischen & totalitären Ideologie der #Muslimbruderschaft nahesteht, durfte heute zum 1.Mal d Gebetsruf in #Neukölln ertönen. Besucher, die sich vor d

Moschee zum Ruf versammelten, feiern das als historischen Erfolg, das keiner Moschee zuvor gelungen ist.
pic.twitter.com/zLpldUAYQB

– ?????? ?. ?????????? (@ahmad_omeirate) April 3, 2020

Und schon haben wir für die Polizei eine temporäre no-go-area. Die Polizisten können nur hilflos zuschauen und hoffen, dass der Imam kooperiert.

Der Autor wagt die Prognose, dass nach Ostern das Kontaktverbot so weit gelockert wird, dass das im Ramadan übliche „Fastenbrechen“ nach Sonnenuntergang mit Familie, Freunden und Bekannten wieder möglich ist. Ein Schelm, wer daraus den Schluss zieht, dass den Regierenden die Moslems nicht recht geheuer sind. Dass dies nicht unbegründet wäre, zeigt dieser Aufruf:





Eugen Prinz
auf dem Freie
Medien-
Kongress in
Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

» *Spende an den Autor*

» *Twitter Account des Autors.*



Moslems und die „Corona-

Quarantäne“

Von EUGEN PRINZ | Im islamischen Kulturkreis stellen Männerfreundschaften einen bedeutenden Teil des sozialen Lebens dar. Man trifft sich, man trinkt Tee, man redet, man inhaliert gemeinsam genüsslich den Rauch der Wasserpfeife. Jedenfalls war das bis vor kurzem so. Jetzt nicht mehr, verflucht sei COVID-19! Kein Zweifel, die strengen Ausgangsbeschränkungen treffen moslemische Männer aufgrund des in ihrem Kulturkreis üblichen Sozialverhaltens besonders hart. Kann es sein, dass daher bei dieser Kohorte die Neigung, sich den Restriktionen zu unterwerfen, etwas weniger stark ausgeprägt ist?

Shisha-Bar: Hochbetrieb im verbarrikadierten Lagerkeller

Es waren laut Pressebericht „aufmerksame und besorgte Zeugen“, die am Samstagabend gegen 22.50 Uhr in Stuttgart die Polizei informierten, dass in einer „Shisha Lounge“ im Stadtteil Rot, Schozacher Straße, noch Betrieb herrscht.

Die herbeigerufene Streifenbesatzung stellte fest, dass die Scheiben der Gaststätte von innen verdunkelt worden waren und leise Musik nach außen drang. Die Eingangstüre war jedoch fest verschlossen. Als die Polizisten an einem Seiteneingang lauschten, hörten sie von innen Stimmen und laute Geräusche.

Da trotz Rufen und Klopfen der Beamten niemand öffnete, wurde nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft die Feuerwehr verständigt, die mit geeignetem Gerät anrückte und die Eingangstüre ohne Schlüssel öffnete, sehr zum Schaden der Türe.

Zuerst die kleinen Fische, dann die großen

In der Shisha-Bar wurden vier Personen angetroffen. Die Beamten hätten sich wohl damit zufrieden gegeben, diese Gruppe anzuzeigen und einen Platzverweis zu erteilen, aber der

mitgeführte Polizeihund nicht.

Mit seiner Spürnase ortete er einen mit Gerümpel verbarrikadierten Lagerkeller, in dem weitere 22 Personen der Götting Corona ein Rauchopfer darbrachten und gemeinsam an den Wasserpfeifen nuckelten.

Damit wurde die Sache richtig rentabel. Die Beamten stellten die Personalien der insgesamt 26 Personen im Alter von 19 bis 35 Jahren fest. Die Shisha-Bar des 27-jährigen Gaststättenbetreibers wurde geschlossen. Er war bei der Kontrolle zunächst nicht anwesend, wurde aber dann aufgrund der laufenden Ermittlungen von der Polizei herbeizitiert. Alle Beteiligten sehen nun einer Anzeige wegen eines Vergehens gegen das Infektionsschutzgesetz entgegen.

Bleibt noch die Frage nach dem Migrationshintergrund, auf die weder im Polizeibericht noch in der Berichterstattung der Lokalzeitung eingegangen wird. PI-NEWS hat deshalb bei der Pressestelle der Stuttgarter Polizei nachgefragt. Das Ergebnis: Bei den Tatverdächtigen handelt es sich um türkische Staatsbürger, beziehungsweise um Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund.

Beharrliche Verstöße gegen die Quarantäne – Syrer eingesperrt

Im schönen Landshut in Niederbayern wird jetzt ein Syrer wegen eines beharrlichen Verstoßes gegen das Infektionsschutzgesetz bis zum vorläufigen Ende der Quarantänemaßnahmen in der Justizvollzugsanstalt Landshut eingesperrt.

Der 27-jährige Asylbewerber traf sich am Wochenende trotz der strengen Corona-Ausgangsbeschränkungen auf der Mühleninsel mit einem Freund, um gemeinsam der Nikotin- und Trunksucht zu frönen. Der wegen Körperverletzungsdelikten bereits polizeibekanntes Syrer hatte schon in den Tagen zuvor zwei Anzeigen kassiert, weil ihn die Ausgangsbeschränkungen nicht interessierten. Dieses Mal setzte er sogar noch einen drauf und reagierte überhaupt nicht auf den Platzverweis der

Beamten. Damit waren die Polizisten allerdings mit ihrer Geduld am Ende. Sie nahmen den Syrer in Gewahrsam und führten ihn dem Ermittlungsrichter beim Amtsgericht Landshut vor. Der reagierte ebenfalls humorlos und ließ den Asylbewerber bis zum vorläufigen Ende der Ausgangsbeschränkungen am 3. April, in der Justizvollzugsanstalt einsperren. Jetzt sind die Ausgangsbeschränkungen des Syrers noch ein wenig härter, als bei anderen Leuten. Und das ist gut so.

Ende der Ausgangsbeschränkungen im Fastenmonat Ramadan?

Dieses Jahr beginnt der Fastenmonat Ramadan am 23. April und endet am 23. Mai. Die Abendmahlzeit, mit der nach Einbruch der Dunkelheit die Moslems ihr tägliches Fasten brechen, wird „Iftar“ genannt. Traditionell wird diese Mahlzeit mit Familie und Freunden eingenommen. Es bleibt abzuwarten, ob die gegenwärtigen Restriktionen bei den Moslems noch auf Verständnis stoßen, wenn sie im Fastenmonat Ramadan fortgeführt werden. Und es bleibt abzuwarten, ob die Bundesregierung und die Regierungen der Länder Lust haben, dies auszutesten.

Der Autor wagt die Prognose, dass spätestens zum Ende des Ramadan, beim Fest des Fastenbrechens, das über drei Tage hinweg großartig gefeiert wird, die Ausgangsbeschränkungen Geschichte sind.



Eugen Prinz
auf dem Freie
Medien-

Kongress in
Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

» *Spende an den Autor*

» *Twitter Account des Autors.*



Erfurter Kita verbietet Faschingsverkleidung

Anders als in einem vergleichbaren aktuellen Fall in Baden-Württemberg, bei der ein Kindergarten Fastnacht wegen Unvereinbarkeit mit „christlichen Werten“ abgeschafft hat, verbietet eine Thüringer Kita am Fasching 2020 aus „kultursensiblen“ Gründen jegliche Verkleidung der von ihr betreuten Kinder.

Denn die Einrichtung wird auch von Kindern besucht, die das Faschingsfest nicht kennen und die sich erschrecken könnten, wenn plötzlich und unerwartet ein „Cowboy“ oder ein „Indianer“ vor ihnen steht. Das könnte man für einen bösen Scherz halten, aber so steht es tatsächlich in einem Rundbrief des „Campus

Kinderland“ in Erfurt.

Stattdessen verweist die Einrichtung darauf, bereits am 17. Januar habe eine Veranstaltung stattgefunden, an der die Kinder verkleidet teilnehmen konnten. Das solle für dieses Jahr genügen. Erscheint am Rosenmontag oder am Faschingsdienstag trotzdem ein Kind verkleidet, dann werde die Verkleidung abgenommen und „im Fach des Kindes“ verstaut.

Gleichzeitig wird Thilo Sarrazin aus der SPD ausgeschlossen, weil er behauptet: „Deutschland schafft sich ab“ – Der Beweis dafür, wie sehr er recht hat, wird gerade in Erfurt erbracht!

In den sozialen Netzwerken des Kita-Betreibers machen die Eltern der betroffenen Kinder klar, was sie von der Maßnahme halten:

„Ich frage mich, was von der deutschen Kultur noch übrig bleibt.“

„Deutschland wird bunter, Traditionen fallen □ “

„Die haben doch echt nicht mehr alle. Vielleicht müssen unsere Kinder bald noch Ramadan machen. Das fehlt noch. “

„Der Wahnsinn im Lande kennt langsam keine Grenzen mehr. “

Dem ist nichts hinzuzufügen. Träger der Kitas sind Einrichtungen, die vom Staat getragen werden. Und der versucht unter den derzeit (noch) bestehenden politischen Verhältnissen offenbar, die Bevölkerung von ihren kulturellen Wurzeln abzuschneiden. Dies aber ist schon der DDR-Führung nicht gelungen, und auch der aktuelle Anlauf zur kulturellen Gleichschaltung wird am Widerstand des Volkes scheitern!

Kontakt:



Katalin
Buri.

Campus-Kinderland

Leiterin: Katalin Buri

Saalestr. 5 / 6

99089 Erfurt

Tel.: 0361 7371851

E-Mail: katalin.buri@stw-thueringen.de

Islamische Mission finanziert durch Ihre GEZ-Gebühren

Von KONSTANTIN | Satire ist ein scharfes Schwert in der Hand der Unterdrückten. Dass es auch ein scharfes Schwert in der Hand der Mächtigen ist, beweist der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk (ÖRR). Der Omagate-Skandal über die Umweltsau, die in Wirklichkeit nach Meinung eines WDR Mitarbeiters eine Nazi-Sau war, hat dies zu Genüge bewiesen.

Aber die Kracke des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kämpft verbissen um immer neue Betätigungsfelder und hat längst das Internet erobert. Dort macht ein besonders interessantes satirisches Format der ÖRR-Plattform Funk auf sich aufmerksam: das selbsternannte „Satire-Kalifat Datteltäter“. Ziel ist nach Kanalbeschreibung der „Bildungsdschihad“ gegen „gängige

Stereotypen und Vorurteile (...) gegenüber Muslim_innen“.

Verharmlosung von Dschihad und theokratischer Herrschaft

Aber bereits mit seiner Kanalbeschreibung bewegt sich „Datteltäter“ auf sehr dünnem Eis. Prinzipiell darf Satire (fast) alles. Zumindest im Freien Westen. Was bei „Datteltäter“ lustig klingt, ist aber alles andere harmlos. Kalifat meint eine theokratische Herrschaft, die mit demokratischen Ideen unvereinbar ist.

Die Vorstellung, dass Dschihad „Anstrengung“ bedeutet, hat sich erst im Laufe der islamischen Geschichte entwickelt. In erster Linie ist und bleibt Dschihad der realexistierende Krieg gegen Nicht-Muslime mit dem Ziel der Errichtung einer theokratischen Fremdherrschaft. Diese wird auch 2020 in zahlreichen islamisch geprägten Ländern geführt. Lustig ist das für die Betroffenen ganz und gar nicht.

Man stelle sich vor, patriotische Youtuber würden zum Dschihad gegen den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk aufrufen und mit der Errichtung eines identitären Kalifats drohen. Das wäre zwar genauso Satire und lustig, aber nur bis morgens um 5 Uhr, wenn die Polizei klingelt und die Wohnung in einer Razzia gegen Hassrede gestürmt und durchsucht wird.

Reaktionäre religiöse Lehren im hippen Gewand

Aber zurück zum Zwangsgebühren-finanzierten Programm von Datteltäter. Die Videos beschäftigen sich mit Unterschieden zwischen deutschen und türkischen Eltern, Ramadan und anderen islamischen Festen sowie Kopftuchträgerinnen. Dabei nutzt Datteltäter eine vermeintlich hippe islamische Jugendsprache und nennt Kopftuchträgerinnen „Hijabis“, Deutsche „Almans“ und Türken „Kanak“. Die spielerische Auseinandersetzung mit Stereotypen soll diese wohl abbauen helfen.

In einer dreiteiligen Reihe wurde aber auch die Konversion eines Deutschen zum Islam thematisiert, über die bereits

Achgut berichtet hat. Hier werden mit Zwangsgebühren Werbefilme für den Islam produziert. Für Fiete, den Konvertit, hat sich die Konversion zum Islam übrigens auch finanziell gelohnt. Er ist Mitarbeiter bei Datteltäter und darf sich nun über ein öffentlich-rechtliches Salär freuen. Ob sein Talent im freien Medienmarkt für eine vergleichbare Vergütung ausgereicht hätte, sei hier in Frage gestellt.

Warum keine Förderung von patriotisch-satirischen Formaten?

Aber nicht alles was Datteltäter sendet, ist gleich als islamische Mission oder Geschmacklosigkeit zu verurteilen. Vieles ist aufgrund der massiven finanziellen Förderung gut gemacht und manchmal tatsächlich witzig. Dennoch fällt es nicht unter eine Grundversorgung, dass hart arbeitende Bürger über Zwangsgebühren bekenntnis-orientierte islamische Youtube-Kanäle finanzieren müssen.

Die Öffentlich-Rechtlichen Sender sind zur Ausgewogenheit verpflichtet. Wenn „Datteltäter“ zur Grundversorgung gehört, sollte auch das satirisch-patriotische Youtube-Format „Laut Gedacht“ aus GEZ-Gebühren finanziert werden. Bisher müssen sich patriotische Youtuber mit Spenden über Wasser halten. Der Kanal von Ex-Muslim Amir Arabpour ist ebenfalls sehr lustig und unterhaltsam und einer GEZ-Förderung würdig.

Datteltäter zeigt exemplarisch, welche Entwicklung der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk in Deutschland genommen hat. Immer mehr Menschen können es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren, dies finanziell zu fördern. Sie organisieren sich über Hallo Meinung oder Rundfunk frei.